

An:
Frank Bsirske
Vorstandsvorsitzender
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Offener Brief von Mitgliedern von ver.di und anderen Gewerkschaften zur Fluglärm-Diskussion

Mainz, 8. Juli 2013

Sehr geehrter Herr Bsirske,

die Debatte um die Eindämmung des Fluglärms im Rhein-Main-Gebiet bewegt wie kaum ein anderes Thema die Menschen in unserer Region, denn über 200.000 Menschen sind gesundheitsgefährdendem Fluglärm ausgesetzt. Eine Vielzahl von ihnen hat sich in Bürgerinitiativen zusammengeschlossen, die meist mit großer Sachkompetenz Erleichterungen durchsetzen möchten. Doch auch andere Organisationen der Region sprechen sich für eine Verminderung des Fluglärms aus: Die evangelischen und katholischen Kirchen, die Handwerkskammer Mainz-Bingen, Bildungseinrichtungen, Ärztevertreter, Krankenhäuser sowie auch die regionalen Abteilungen der Gewerkschaften. Sie schalten sich ein, denn die Region und die Menschen liegen ihnen am Herzen.

Die gemeinsame Erklärung zum Luftverkehr von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften aus der Luftverkehrsbranche vom 11. April 2013, die Sie öffentlich vertreten haben, hat bei Fluglärm betroffenen in der Region heftige Kritik ausgelöst, gerade auch bei vielen ver.di-Mitgliedern. Wir fühlen uns von der Gewerkschaftsspitze nicht vertreten, weil diese Erklärung einseitig die Interessen der Luftverkehrswirtschaft vertritt. Einige von uns haben daher einen Austritt aus der Gewerkschaft erwogen. Die Haltung von ver.di beschädigt das Ansehen und die Akzeptanz unserer Gewerkschaft in der Bevölkerung der Region. Dazu beigetragen hat auch, dass Sie nicht auf die Gesprächseinladung der Bundestagsabgeordneten Tabea Rößner eingegangen sind. An diesem Gespräch bestand ein großes öffentliches Interesse.

Wir ver.di-Mitglieder aus der Region Rheinhessen wenden uns jetzt mit diesem offenen Brief an Sie, damit wir Ihnen unsere Argumente und unsere Anliegen darlegen können.

Lärm macht Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer krank. Diese Feststellung wird von zahlreichen Studien belegt. An kranken Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kann niemand ein Interesse haben, weder die Arbeitnehmer- noch die Arbeitgeberseite. Das beste betriebliche Gesundheitsmanagement wird torpediert, wenn die Angestellten durch den Lärm unter Dauerstress stehen.

Rhein Hessen hat eine hochwertige, diversifizierte Wirtschaftsstruktur. Auf diese Stärke müssen wir setzen. Zurzeit expandiert eine Sparte, die Logistik- und Verkehrswirtschaft, auf Kosten der anderen. Gerade im demografischen Wandel mit dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel sind Unternehmen auf attraktive Regionen angewiesen. Gut ausgebildete, stark nachgefragte Fachkräfte sind überdurchschnittlich mobil und stellen Ansprüche an die Lebensqualität ihres Wohn- und Arbeitsraumes. Gerade die Qualitäten wie Kundenorientierung und Innovationskraft, auf denen die deutsche Wirtschaftskraft beruht, vertragen sich nicht mit einem Lärmteppich.

Die Arbeitsplatzeffekte von Fraport sind zu einem großen Teil auf Verlagerungseffekte zurückzuführen. Auch gehen die Befürworter in ihren Jobwunder-Versprechen von induzierten und katalytischen Effekten aus. Demnach geht der Arbeitsplatz eines Angestellten teilweise auf den Flughafen zurück, wenn der oder die Angestellte ein paar dienstliche Flugreisen im Jahr unternimmt. Ein während der Mediation erstelltes Gutachten des renommierten Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung kam zu dem Ergebnis, dass ein Einfluss einer Flughafeninfrastruktur auf den Arbeitsmarkt statistisch nicht nachweisbar sei.

Allein auf die Einsicht der Luftverkehrsbranche zu setzen, dass die von ihr unterstützten Lärmschutzmaßnahmen greifen, ist fahrlässig. Der Lärm nimmt in Rhein Hessen entgegen den Beteuerungen tagsüber weiterhin zu. Im Winter 2012/2013 sind über Mainz in der sogenannten Kernnacht zwischen 23.00 und 5.00 Uhr durchschnittlich 24 Flüge gemessen worden.

Die Gewerkschaft ver.di sollte die Interessen ihrer Mitglieder aus allen Sparten und Mitgliedsverbänden vertreten. Allen gemeinsam ist das Bedürfnis nach Schlaf, Ruhe und Gesundheit. Zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Lebensqualität kann man nicht abwägen. Wirtschaftliche Prosperität geht nur Hand in Hand mit Lebensqualität.

Wir Mitglieder fordern deshalb von unseren Gewerkschaften einen Einsatz für wirksamen Schutz vor Fluglärm:

- Ausweitung des Nachtflugverbots;
- Verlagerung von Kurzstrecken auf die Schiene;
- Kostengerechtigkeit zwischen den Verkehrsträgern. Die Subventionierung des Flugverkehrs durch das Fehlen einer Kerosinsteuer muss abgeschafft werden;
- Durchsetzung lärmarmen Flugverfahren.

Bitte schicken Sie die Unterschriftenlisten bis 31. August 2013 an: MdB Tabea Rößner, Frauenlobstr. 59 – 61, 55118 Mainz, tabea-roessner@bundestag.de. Vielen Dank.

Name	Mitglied Gewerkschaft	Unterschrift oder ,per Email‘

Offener Brief von Mitgliedern von ver.di und anderen Gewerkschaften zur Fluglärm-Diskussion

[illegible]

V.i.S.d.P. und Rücksendung an: MdB Tabea Rößner, Frauenlobstr. 59 – 61, 55118 Mainz, 8. Juli 2013